



Peter Meiwald
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Keine Straßenplanung um jeden Preis!

Oldenburg, 06.11.2013

Peter Meiwald, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: JKH
Raum: 3.637 (vorläufig)
Telefon: +49 30 227-78040
peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Leerer Str. 18
26655 Westerstede
Telefon: +49 4488 8604071
kontakt@peter-meiwald.de

Bundesverwaltungsgericht verhängt Baustopp für Weiterbau bei Bad Segeberg

Zum Baustopp der Autobahn 20 durch das Bundesverwaltungsgericht und möglichen Auswirkungen des Urteils für die Region erklärt Peter Meiwald, MdB für die Region Weser-Ems:

Erhalt vor Neu- und Ausbau, diese Formel aus dem niedersächsischen rot-grünen Koalitionsvertrag wurde durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig jetzt auch höchstrichterlich bestätigt. Es ist einfach klüger, das bestehende Straßennetz zu erhalten, als neue Straßen zu bauen. Dass das keine Floskel ist, zeigt auch dieses Urteil. Wer sich nicht daran hält, muss sich von den Gerichten daran erinnern lassen.

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat den Planfeststellungsbeschluss des Landesbetriebs für Straßenbau und Verkehr für den A20-Bauabschnitt von Weede bis Wittenborn in Schleswig-Holstein auf Klagen der Naturschutzverbände BUND und NABU hin am gestrigen Mittwoch für rechtswidrig und nicht vollziehbar erklärt. Gravierende Untersuchungsmängel beim Naturschutz und eine unzureichende Prüfung für Menschen und Umwelt weniger schädlicher Planungsalternativen mussten sich die staatlichen Autobahnplaner bescheinigen lassen. So sei der Schutz eines großen Fledermausbestandes nicht hinreichend berücksichtigt worden.

Als Politiker aus einer Region, die von gleich drei verkehrlich überflüssigen Autobahnneubauprojekten betroffen ist (A20, A33, E233) hoffe ich, dass nun endlich auch in Niedersachsen –



wie im Koalitionsvertrag festgelegt – innegehalten wird und alle Planungen einer sachgerechten Alternativenplanung unterzogen werden, die auch die Nullvariante mit einschließt.

Politik und Planer verlieren massiv an Glaubwürdigkeit, wenn sie sich ständig von Gerichten zur Einhaltung von Gesetzen zwingen lassen müssen. Das Problem sind nicht Fledermäuse und Kröten, das Problem sind Planer_innen, die zur Ermöglichung von nicht mehr zeitgemäßen Prestigeprojekten Recht und Gesetz missachten. So aber können die künftigen Verkehrsprobleme im Land nicht gelöst werden. Stattdessen brauchen wir eine echte Verkehrswende, die auf dem Erhalt des bestehenden Verkehrsnetzes aufbaut und in einem klimafreundlichen verkehrlichen Umweltverbund endet.